

Bezugsgebühr:

Postkarten 2 Pf. ad Uhr.; durch die Post 5 Pf.

Die Dresden Nachrichten erhalten täglich Wissens- und Beziehungen in Dresden und der näheren Umgebung, wo die Satzung durch eigene Redaktion und Redakteure erfolgt, erhalten und Stadt an Bedeutungen, die nicht auf Sach- oder Geisterwegen, in zwei Theatralen und Museen und Bürgern angewandt.

Der Redakteur eingeschlossener Schriften führt keine Berücksichtigung.

Postabrechnungsliste:  
Nr. I Nr. 11 und Nr. 2006.

Telegraph. Abteilung:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15

empfiehlt in grösster Auswahl:  
Eiserne Ofen und Herde, Haush., Küchen- und Landwirtschafts-Geräthe.

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse:  
Nachrichten, Dresden.

Familien-, Handwerker-, Strohhut-

Nähmaschinen

H. Grossmann

Nähmaschinen-Fabrik.

Verkauf in Dresden:

Chemnitzerstr. 26, Weissen-

häuserstr. 6, Kesselsstr. 41

(Eingang hinter Vorplatz),

in Lößnitz:

Schulstrasse 13 und bei Herrn

Max Baumann, Dresden-N.,

an der Dreikönigskirche.

in Lößnitz:

Schulstrasse 13 und bei Herrn

Max Baumann, Dresden-N.,

an der Dreikönigskirche.

Kuechhustensaft (Edelkastanienextrakt) Flasche 75 Pfennige,

Kuechhustenplaster, à 50 Pfennige,

vorläufige, soverlässige Mittel zur Linderung und schnelle

Besserung des Kuechhustens. Versand nach auswärts.

Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthal.



Karl Bielich, Annonenexpedition

Telephon Amt II 1102. DRESDEN-N. Telephon Amt II 1102.

Lutherplatz No. 1 und Prüssnitstr. No. 2 (Ende der Sautzauerstr.)

empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten u. Abonnements

für die „Dresdner Nachrichten.“

Tiroler, bayrische und steirische Nationaltrachten

für Herren und Damen zu Costümfesten empfiehlt Jos. Fiecht aus Tirol, Schlossstrasse No. 23, part. und 1. Etage.

Fr. 39. Spiegel: Sturz des italienischen Ministeriums. Hofnachrichten, Eisenbahnen, Beleuchtung, Reform

Wirthsmäßige Witterung; Almähliche Auflösung.

Freitag, 8. Februar 1901.

## Die italienische Ministerkrise.

Durchschnittlich lebt ein italienisches Ministerium nicht länger als zwei Jahre. Diese Lebensdauer hat das Kabinett Saracco nicht zu erreichen vermocht. Nach einem nur siebenmonatlichen unüblichen Dasein hat es sein Leben beisammen gehalten genau so, wie es begonnen. Alslicher Schwäche und Nachgiebigkeit gegenüber den Umstürzern verbotete es seine Entschlagn, und es ist zweckmäßig zusammengebrochen, nachdem es vor den Revolutionsparteien kapituliert hatte. Es brach bei seinem Sturz in der Hauptstadt nur noch das Vertrauen der Umstürzer. Mit der übermächtigen Mehrheit von 312 gegen 102 Stimmen sprach die Kammer dem Ministerium ihre Missbilligung aus; außer der kleinen Rudinischen Gruppe wollte nur die äusserste Linie in ihrem Interesse dem Kabinett Saracco noch eine Gnadenfrist gewilligt.

Die Umstürzler auf Kosten der Staatsautorität zu verbünden, ist die Aufgabe gewesen, die sich das Kabinett Saracco zwar nicht programmatisch gestellt, aber in Wirklichkeit zu erfüllen suchte. Als Saracco die Zügel der Regierung übernahm, war sein erster Akt, auf die verschärkte Geschäftsausordnung zu verzichten, welche die Sommermechtheit beschlossen hatte, um der parlamentarischen Anarchie der sozialdemokratischen und republikanischen Obstruktion wachsam entgegentreten zu können. Er hatte nicht den Ruth, den Kampf gegen die Fraktionen der äusseren Linien aufzunehmen, obwohl diese nur eine kleine Minderheit gegenüber denjenigen Parteien bildeten, welche die antikonservativen Geschäftsausordnung durchgesetzt hatten. Die Obstruktionisten feierten einen glänzenden Sieg, als die Regierung in ihrer schwächeren Friedenslinie die ihr zur Verfügung gestellte Waffe zurückwies, die ihnen die Fähigkeit genommen hätte, an die Stelle des verlassenen parlamentarischen Mehrheitswillens den Denominismus ihres revolutionären Minderheitswillens zu setzen. Nicht nur die Autorität der Regierung, das Selbstvertrauen der verlassenen Fraktionen, staatsverhaltenden Elementen, sondern auch das Breitum der Staatseinrichtungen und der monarchische Gedanke blieben in dem Triumph der Antimonarchisten eine schwere Niederlage. Die Verdoppelung der Zahl der Abgeordnetenmandate, welche die Sozialdemokraten kurz vorher bei den Neuwaahlen erlangten, hatte deren Machtmittel ohnehin gesteigert und ihnen einen großen Zuwachs an Anhängern im Lande verschafft. Nur zu bald sollte es sich zeigen, dass ihre Erfolgslosigkeit, die Monarchie, die staatlichen Einrichtungen und die sonstigen Grundlagen der bestehenden Ordnung zu unterminieren, mächtig gesiegen war. Der Ministerpräsident Saracco hatte in seiner Eigenschaft als Minister des Innern die Arbeitskammer von Genua, die ein Mittelpunkt unmittelbarer Bestrebungen geworden war, aufgelöst. Das war gewiss eine anerkannte Reaktion. Aber als Saracco die Thatsatz der Konsequenz beweisen sollte, versagte er; er hatte nicht bloß nicht die Energie, die Auflösungsmaßregel aufrecht zu erhalten, sondern er strecte die Waffen, sobald die Sozialdemokraten ihm ihren eigenen Willen entgegengestellt. Die sozialdemokratischen Arbeiter von Genua beantworteten die Ausübung derartigen Arbeitskammer mit einem Streik, der Saracco den Gehalt imponierte, doch er es für angemessen hielt, einen Parlamentarier von ausgeprägtem republikanischer Gesinnung, den Abg. Plaza aus Rom, mit der Aufgabe zu betrauen, dem Ausstande ein Ende zu machen. Dieser republikanische Deputierte erledigte den Auftrag der Regierung natürlich in seinem Sinne, indem er den Präfekten von Genua dazu bestimmt, sich den Streitenden zu unterwerfen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ciccia verhandelte durch den Telegraphen mit dem Ministerpräsidenten wie eine gleichberechtigte Macht mit der anderen und Saracco unterwarf sich willenslos den Bedingungen, die ihm von den Revolutionären gestellt wurden. Diese Bedingungen waren in erster Linie die sofortige Reibildung der Arbeitskammer und die Gewährung einer großen Volksversammlung im Theater Carlo Felice, um den vollständigen Sieg über die Regierung zu feiern. Bei diesem Volksfest, berichtet der römische Verlegerstatler der „Nat.-Ztg.“, hielten die republikanischen und sozialistischen Abgeordneten Reden, wie sie vielleicht Julius Caesar nach der Eroberung Galliens hätte halten können; der republikanische Deputierte, der Vertrauensmann der Regierung, den man bis dahin nicht einmal vom Unterkonvent in Genua kannte, sagte: „Wir haben nicht nur gesiegt, sondern glorreich gesiegt!“ Die Regierung hatte sich also nicht nur damit begnügt, sich selbst zu deklarieren, indem sie den Verhöhrungen der Sozialdemokraten und Republikaner widerstandslos nachgab, sondern sie stellte diesen unversöhnlichen Gegnern der bestehenden Staatseinrichtungen auch die totale Obrigkeit zur Verfügung und legte das Unheben des Präfekten auf eine Weise herab, dass es gleich Null wurde. Die Regierung hat durch ihr Verhalten gleichsam festgestellt, dass die der Monarchie feindlichen Parteien das Recht eines Vertrags gegenüber den Regierungshandlungen haben. Jeder politische Vertrag der Regierung kann von den Umstürzern annulliert werden, indem diese einen Streik erordnen. Als wenige Tage nach der Kapitulation der Regierung vor den Umstürzern in Genua eine Erstwahl stattfand, trug der republikanische Kandidat einen glänzenden Sieg davon. Der hindringlich erwünschten Schande der Regierung trugen die Umstürzler noch dadurch

Rechnung, dass sie die Abmachung, wonach die Mitglieder der aufgelösten Arbeitskammer nicht wiedergewählt werden sollten, einfach ignorierten, indem sie acht von diesen mit Präfekturämtern in der neuen Kammer brauteten.

Doch unter solchen Umständen die große Mehrheit der Deputierten kammer dem Kabinett Saracco ihr Wohlwollen entzog, ist gewiss begreiflich. Nur der biedere Saracco selbst scheint das nicht erwartet zu haben; erklärte das Resultat der Abstimmungen, das seinem Ministerpräsidium das wohlverdiente Ende bereitete, für ein wunderbares; er hatte vielleicht ein besonderes Vertrauen in das dafür erwartet, dass er den Staatswillen dem Willen der Tochter der Monarchie unterworfen hätte. Immer tiefer gleitet Italien auf der schiefen Ebene des Umsturzes hinab und es ist nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mehr als fraglich, ob jetzt noch ein Aufholen möglich ist. Jedenfalls erscheint das parlamentarische Regierungssystem, wie es in Italien herrscht, gänzlich außer Stande, der revolutionären Entwicklung unübersteigbare Schranken zu ziehen. Die einzige Rettung könnte von der Krone, die ja dabei selbst auf dem Spiele steht, kommen, wenn sich ihr Träger in der Überzeugung, dass der reine Parlamentarismus, der die Monarchie zu seinem willenslohen Werkzeug macht, Schiffbruch gelitten hat, dazu entschließen möchte, einen eigenen selbstständigen, unbewussten Willen zur Bekämpfung der parlamentarischen Korruption zur Geltung zu bringen. Aussichten hierfür sind zur Zeit noch nicht zu erkennen.

Die gegenwärtige Krise wird wie jede andere Kabinettsskrise verlaufen, eine neue Verteilung wird aus der Mitte des regierungsunfähigen Parlaments emporsteigen und die Stürme in Monte Citorio werden fortdueren trotz aller Mahnungen einsichtiger Patrioten, der Not des Vaterlandes eingedenkt zu sein und der inneren Sicherheit und Bewirtung, die zum politischen Bankrott, zum Abgrund der Revolution führen muss, ein Ende zu machen.

## Neueste Drahtmeldungen vom 7. Februar.

\* Bul. 8. Der König empfing heute Abend den Ministerpräsidenten Corp. Morgen findet ein Ministerrat statt. Man glaubt daran, dass das Kabinett seine Entlastung giebt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Berathung des Staats der Reichsjustizverwaltung wird fortgesetzt. — Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.) erörtert den Mordprozess in Königsberg. Man fliegt im Lande tatsächlich schon, dass die Juden bereits die Behörden ergreifen habe. Er selbst glaubte ja nicht, dass es bei uns schon so weit sei, wie in Österreich-Ungarn, wo Andrássy erklärt habe: „Die Juden in Tirol haben allerdings die Esther Solomos ermordet, aber wie durften wir das angeben? Es wären ja sonst in Ungarn 17.000 Juden an einem Tage ermordet worden, und wo sollen wir denn das Geld hernehmen?“ Aber vorwagen müsse unsere Regierung, dass es bei uns nicht so weit komme. In Konigstein wurde die Tumulte nur durch die judische Anmajung und durch ihre Freiheit hervorgerufen worden. Die neuen Reidernde beweisen, dass die Mörderbande auch jetzt wieder nur bewege, die reihige Bevölkerung zu Gewalttaten zu veranlassen. Ebenso dienen diese Tumulte ein Beweis dafür, dass es sich um einen Mord aus Überglauken handle, denn ein Mörder pflege doch sonst nicht, schon der Einheitsgefahr halber, Kleidungsstücke des Getöteten so lange aufzuwahren. Die nach Konigstein gerückte Kriminalpolizei habe von vornherein die Überzeugung mitgebracht, dass der Mörder überall zu suchen sei, nur nicht bei den Juden. Bei jolcher Vorwiegendheit sei es nur natürlich schwer möglich, rechtzeitig die richtige Spur zu finden. Das ein ganzer antihemäßiger Generalstab in Konigstein gewesen sei, darin habe man Ricci schamlos belogen, wohl aber sei in Konigstein ein förmliches jüdisches Betriebs- und Verwaltungskomitee installiert. Er, Meder, und seine Freunde erwarteten jedenfalls von den Justizbehörden, dass sie die jetzt noch übrig gebliebenen Spuren, die sämtlich nur auf Juden hinweisen, sorgfältig verfolgen würden. — Abg. Böd. (freu. Bötz.) plädiert für bedingte Verurteilung im Gegenthil zu den bestehenden Bedingungen und verlangt Abstellung der gegenwärtigen Rechtsstände im preussischen Gerichtsverfahrensweise, sowie Entschädigung für unrichtige Verhaftete, um sodann auf den Mordprozess in Konigstein überzugehen. Das Märchen vom Ritualmord sollte doch längst als überlebt gelten. Gleichwohl diese Depeche in Konigstein, und nun hier im Reichstag! Die Antisemiten hätten in Konigstein einen Untersuchungsausschuss neben dem staatlichen eingesetzt, um die Untersuchung in die Hände eines Ritualmordes zu leiten. Bindewald habe neulich unter Hinweis auf Sello von Verfolgung jüdischer Amalthei gekündigt, nun, Verfolgungen kommen überall vor, ohne Unterstreich der Konvention. Er berufe sich dem gegenüber auf ein Kaiserwort, das in leichter Zeit gegeben. (Curui redit: Männerstolz vor Königsworten!) Was Sie mir da zutun, sollen Sie eben die Herren beachten, die Ihre Stellung als Abgeordnete vertheidigen, um nach oben hin Vortheile zu erzielen. (Groß-Vaterstrem begegnet dieser Wendung mit Bezug auf die Abgeordneten als unzulässig.) — Abg. Böd. (freu. Bötz.) plädiert für bedingte Verurteilung im Gegenthil zu den bestehenden Bedingungen und verlangt Abstellung der gegenwärtigen Rechtsstände im preussischen Gerichtsverfahrensweise, sowie Entschädigung für unrichtige Verhaftete. — Abg. Böd. (Vater Böd.) bestreitet diese Wendung mit Bezug auf die Abgeordneten als unzulässig. — Abg. Stadtthagen (Soz.) bedauert, dass man immer noch mit dem blödsinnigen Märchen des Ritualmordes dastehen gebe; er meine natürlich keine Angelegenheit des Hauses. Ein solches Verfahren würde sich von selbst in den Augen aller anständigen Menschen. Meder geht dann auch auf den Sternberg-Prozess ein, der schwere Straftaten auf dem Gebiete unserer Rechtspflege aufgedeckt habe. — Staatssekretär Lieberding bemerkt auf eine Anmerkung des Bödewitz, dass der Behörde von unrichtigen Annnoncen von Staatsfeinden nichts bekannt gewesen sei. — Abg. Spahn (Cent.): Der Reichstag sei allerdings der Ort, um Rechtsfälle zur Sprache zu bringen, damit eventuelle Missbraeche Anlass zu geweigerlichen Schritten geben können. Doch wäre er daher, mehr auf die Details solcher Prozesse einzugehen. In Bezug auf den Konigsteiner Fall ist den Beamten nicht der Vorwurf gemacht worden, dass sie ihre Schuldigkeit nicht geben hatten. — Staatssekretär Lieberding: Er habe dem Konig nicht das

Recht beizubringen, über Rechtsfälle zu sprechen; er habe nur getagt: 1. er sei gegen eine Einmischung in schwedende Prozeesse zu dem Zwecke, darüber ein Urteil des Heimes herbeizurufen; 2. er sei gegen eine Beurteilung an Ende geführter Prozeesse, nur um Nachverhandlung Urtheile von Gerichtshofen einer anderen Beurteilung zu unterziehen. Er habe nicht nur unzulässig erlaubt, dass der Reichstag ein Urteil eines Gerichtshofs befreie, um daraus Folgerungen zu ziehen zum Zwecke einer Reform des Gesetzgebungs. — Abg. Heine (Soz.) kritisiert die neue preußische Regelung des Gerichtsverfahrens und die neuen Erklärungen des preußischen Justizministers im Abgeordnetenhaus in Bezug auf die Konvention des Ratums. Recht ist Recht, und wenn man ein verfassungsgemäßiges Recht nicht zur Ausübung kommen lässt, so ist das eine Verderbung des Rechtes. (Biegeleben: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht einem preußischen Justizminister nachdringen, dass er das Recht verdränge.) Meder nicht alsdann klarzulegen, dass die Gerichte nicht unabhängig und unbefangen urtheilen. Er beweist sich zum Nachweise deinen auf eine Reihe von Majestätsbeleidigungen und andere Prozeesse, bei welchen in geradezu lächerlicher Weise der dolus eventualis mitgewirkt, in auch bei dem beklauten Prozeesse gegen Harden. In diesem Falle lasse sich eine direkte Beeinflussung des Justiz von oben herstellen, indem bei einer Beurteilung der Geschäfte der Landgerichtsdirektor Alexander Schmidt, der in einem früheren Prozeesse Harden freigegebenen hatte, von dem Vorwurf entfernt wurde. Das Schlimmste sei die allgemeine Willenslosigkeit der Richter gegenüber den Bürgern von oben, gegenüber brutalen Samuthungen. — Staatssekretär Lieberding: Bödewitz hat Bormüller gegen die Ehe bestimmt Richter gerichtet, wie sie schwerer nicht sein können. Wenn ich solche Vorwürfe erhöhe, würde ich das an anderer Stelle thun, wo man Mann gegen Mann steht, wo der Andere sich verteidigen kann. Bödewitz selbst hat zugegeben, dass er nicht nach dem beklauten Verfahren gegen seinen Willen eine Evidenz amtierte. Weine Herren, wenn Sie sich diesen Zusammenhang vergegenwärtigen, dann können Sie sich, meine Herren, die wirkliche Bärendame des Richters vorstellen. (Beifall rechts.) — Abg. Kiepert (frei. Böd.) weidet sich eingehend gegen die Ausführungen des Abg. Liebermann v. Sonnenberg, indem er an das Lutherische Wort von der Rettet in Bezug auf Majestätsverbrechen abweichen erkennt. Weine verurteilt Meder die Verurteilungen des Justizministers in der Majestätsverbrechenfrage. Der Minister habe darüber verklagt, dass man gerade ihn der Zurückzung der Juden beschuldige, während es in anderen Rechtsorts nicht so verläuft. Weine verteidigt Meder, die Verurteilungen verdeckt wird. (Bölf und Lachen.) — Abg. Werner (Ant.) meint, bestreite man auf gegnerischer Seite den Majestätsverbrechen, so sollten die Juden doch endlich dem zukommen, dass einmal der Talmud amtlich überlegt werde. An der Debatte beteiligen sich noch die Abg. Liebermann v. Sonnenberg und Bindewald (Ant.). Heine (Soz.), worauf gegen Bödewitz der Titel „Staatssekretär“ willig ist. — Morgen: Erste Lesung des Schauspielsteuergeges und des Weinleges.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagssession für das Urheberrecht nahm heute die Schlussbestimmungen unbedeutend an. Seitens der Mitglieder des Centrums wurde beantw. einen neuen § 6a des Inhalts eingefügt: Wer nach Ablauf der Schutzfrist Schriftwerke und Werke der Tonkunst veröffentlicht, darf gewöhnlich gewerbsmäßig verbreiten, wer Bildwerke oder Werke der Tonkunst öffentlich aufführt, hat älter drei Jahre von dem für diesen Zeitraum ermittelten Bruttoeinkommen 10 v. H. an den Reichsanziger abzuführen. Aus dieser Einnahme hat der Reichsanziger die Veröffentlichungen und Beweise verlangen; wir werden es nicht dulden, dass in solcher Weise die Verfolgung verdeckt wird. (Bölf und Lachen.) — Abg. Werner (Ant.) meint, bestreite man auf gegnerischer Seite den Majestätsverbrechen, so sollten die Juden doch endlich dem zukommen, dass einmal der Talmud amtlich überlegt werde. An der Debatte beteiligen sich noch die Abg. Liebermann v. Sonnenberg und Bindewald (Ant.). Heine (Soz.), worauf gegen Bödewitz der Titel „Staatssekretär“ willig ist. — Morgen: Erste Lesung des Schauspielsteuergeges und des Weinleges.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundestag überwies heute die Vorlage betreffend die Befreiung politischer Arbeitnehmer der Invaliditätsversicherung und betreffend die Befreiung von Kündigungsrechten an die mit dem Sitz in Berlin neu gebildete Osteuropäische Eisenbahn- und Eisenbahngesellschaft den zuständigen Ausschüssen. Die Zustimmung wurde ertheilt den Ausschüssen über die Vorlage vom 4. Januar ds. J. betreffend die Errichtung einer Subkommission über die Befreiung politischer Arbeitnehmer der Invaliditätsversicherung und Antwort verlangen; wir werden die Befreiung politischer Arbeitnehmer der Invaliditätsversicherung verdeckt werden. (Bölf und Lachen.) — Abg. Bödewitz gab die ausdrückliche Erläuterung ab, dass er alles was er thun könne, ausspielen würde, um baldmöglichst die Harmonie des geläufigen Urheberrechts herzustellen durch Vorlegen von Weisegesetzen über den Schutz der Werke der Photographie, der bildenden Kunst, sowie von Münzen und Medaillen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundestag überwies heute die Vorlage betreffend die Befreiung politischer Arbeitnehmer der Invaliditätsversicherung und betreffend die Befreiung von Kündigungsrechten an die mit dem Sitz in Berlin neu gebildete Osteuropäische Eisenbahn- und Eisenbahngesellschaft den zuständigen Ausschüssen. Die Zustimmung wurde ertheilt den Ausschüssen über die Vorlage vom 4. Januar ds. J. betreffend die Errichtung einer Subkommission über die Befreiung politischer Arbeitnehmer der Invaliditätsversicherung und Antwort verlangen; wir werden die Befreiung politischer Arbeitnehmer der Invaliditätsversicherung verdeckt werden. (Bölf und Lachen.) — Abg. Bödewitz bestreitet die strategische Bedeutung des Kanals und tritt den gegen die Rechte eroberten Vorwürfen entgegen, sie wolle die Routinen aus dem Rücken nehmen; in der Vorlage seien überhaupt keine Routinen. — Handelsminister Trebitsch: Unsere Kolonien habe müssen wir ries im Auge behalten, werden noch lange vorhalten; wenn die Routinen in Belgien und Frankreich längst erschöpft sein